

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 30

Artikel: Abstimmung mit der Steuererklärung : wer zahlt, befiehlt!
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-613187>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Abstimmung mit der Steuererklärung:

Wer zahlt, befiehlt!

Untergräbt die Post die schweizerische Demokratie? Da will doch Bern die Urnen künftig weniger lang offenhalten als bisher, weil die Stimmberechtigten immer mehr von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihren Stimm- oder Wahlzettel in den nächsten Briefkasten, statt am Wochenende direkt in die Urne zu werfen. Auch wenn dies für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht gratis ist, denn die Bequemlichkeit kostet immerhin 60 oder 80 Rappen, was in einem gesamten Bürgerleben – A-Post bei durchschnittlich sechs Urnengängen und einer mittleren Lebenserwartung von 75 Jahren – rund 260 Franken Stimm-Porto ausmacht. Hat das schon jemand ausgerechnet?

Die Suche nach Sparmöglichkeiten, die nicht einseitig auf Kosten der Bürger gehen, ist daher offen. Am billigsten wäre es sicher, die Abstimmungen ganz abzuschaffen, doch das wiederum ging an den Kern unserer Demokratie. Dann also eine Idee, die erstens billig wäre und zweitens dem Motto «Wer zahlt, befiehlt» mehr Nachachtung verschaffen würde als das heutige System: Jeder Steuerpflichti-

ge kreuzt auf der Steuererklärung an, wofür seine Steuergelder verwendet werden sollen. Beispielsweise 2 Prozent für die Landesverteidigung, 30 Prozent für die soziale Sicherheit, 30 Prozent für den öffentlichen Verkehr, 8 Prozent für den Strassenbau, 5 Prozent für die Landwirtschaft, 5 Prozent für die Förderung der Kultur, 10 Prozent für Bildung. Und die

restlichen 10 Prozent? Eine gute Frage! Nun müssen sämtliche Aufgaben der öffentlichen Hand durchgegangen werden: Sind sie sinnvoll? Braucht es sie noch? Wenn ja, dann gibt es Geld, wenn nein, dann halt nichts. Ehrlich: Wer hat sich zum letzten Mal bei einer Volksabstimmung so intensiv mit einer Frage auseinandergesetzt? Ein tolles Abstimmungssystem, das erst noch nichts kostet, denn die Steuererklärung muss ohnehin zur Post gebracht werden.

Statt «bezahlter» Communiqués des Bundes:

Bitte inserieren!

Alles kalter Kaffee, lautete der einmütige Kommentar, als das Departement Ogi den Journalisten eine uralte Studie über die Finanzierbarkeit der Alpentransversale zum Frass vorwarf. Saure-Gurken-Zeit hin oder her: Keine Seele schrieb sich einen Finger krumm. Beamtete Informationsvermittler geben indessen nicht so schnell klein bei, wenn sie von der zu überbringenden Botschaft überzeugt sind. Die besagte Mitteilung wurde deshalb, wie der *Tages-Anzeiger* berichtete, kurzerhand «als bezahltes Communiqué im Auftrag der Eidgenossenschaft» über den Ticker der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) den Redaktionen zugespielt.

Dieses Beispiel könnte ohne weiteres Schule machen: Warum muss immer ein Medienschaffender den Buhmann (oder die Buhfrau) spielen, wenn SBB und PTT die Tarife erhöhen? Warum braucht es immer eine aufwendige Pressekonferenz, wenn beispielsweise wieder einmal für den Notvorrat die Werbetrommel gerührt werden soll? Den PR-Profis in der Verwaltung sollte bloss einmal erklärt werden, wie und wo man ein Inserat aufgibt, und schon wäre das Problem gelöst, und zwar im beiderseitigen Interesse.



Hauptprobe zur 1.-August-Ansprache nach Erfolgsrezept der Privaten